

Pressemitteilung

15. Januar 2011

Umfrage: Freizügigkeit schafft Wachstum

Berlin – Die Öffnung des Arbeitsmarktes für osteuropäische Arbeitskräfte zum 1. Mai wird sich positiv auf die deutsche Wirtschaft auswirken. Diese Erwartung äußerten rund 90 Prozent der deutschen Ökonomen, die in einer Experten-Umfrage der IW Consult im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der Wirtschaftswoche befragt wurden. Fast 70 Prozent der Experten glauben, dass die kommende Freizügigkeit die Rekrutierung von Fachkräften für die Unternehmen erleichtern wird. 26 Prozent hingegen glauben dies nicht.

Knapp drei Zehntel der Ökonomen erwarten eine erheblich steigende Zuwanderung aus den EU Beitrittsländern aufgrund der Freizügigkeit. Über zwei Drittel rechnen hingegen mit moderaten Zuwanderungszahlen. Die Hälfte der Wissenschaftler rechnet damit, dass überwiegend Geringqualifizierte einwandern. 30 Prozent der Befragten erwarten eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften mit einer Berufsausbildung, und 19 Prozent der Experten gehen von einem hohen Zuzug von Akademikern aus. „Deutschland benötigt vor allem hochqualifizierte Zuwanderer, um den Bedarf an Fachkräften zu decken. Die Bundesregierung muss deswegen weiter die verbleibenden Zuwanderungshürden abbauen“, erklärt INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr.

Rund ein Drittel der Wirtschaftswissenschaftler verlangt konkrete Maßnahmen von der Bundesregierung, um mehr Fachkräfte im Rahmen der Freizügigkeit nach Deutschland zu locken. Unter anderem fordern sie eine schnellere und transparentere Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, den Abbau von bürokratischen Hemmnissen und gezieltere Anwerbungsmöglichkeiten von Fachkräften. Aus wissenschaftlicher Sicht steht die Mehrheit der Experten der Einführung eines Mindestlohns in der Zeitarbeitsbranche im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktöffnung kritisch gegenüber. Ein Drittel befürwortet dies.

Drei Viertel der Professoren fordern zusätzlich eine erleichterte Zuwanderung auch für Fachkräfte aus dem nicht EU-Ausland. Daneben erachten 57 Prozent der Experten eine Senkung der Mindestverdienstgrenze für Zuwanderer aller Berufsgruppen für sinnvoll.

Für das Expertenvotum der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, haben 84 Professoren für Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten zwischen dem 14. Dezember 2010 und dem 3. Januar 2011 an einer Online Befragung teilgenommen.

Mehr Informationen im Internet unter www.deutschland-check.de

Pressekontakt:

Marc Feist, INSM, 030 / 27877-175, feist@insm.de